

Lichtenberger Anträge auf dem Landesparteitag

Auch wir als **Lichtenberger SPD** haben wieder Anträge eingebracht und können mit der Bilanz nach dem Landesparteitag durchaus zufrieden sein.

Hier die Ergebnisse zu unseren Lichtenberger Anträgen im Einzelnen:

- Die folgenden Anträge der KDV Lichtenberg wurden – z.T. leicht verändert - **angenommen**:
 - Arbeitnehmerähnliche Personen in Betriebsverfassungsgesetz und Personalvertretungen einbinden (Annahme in der Fassung der ASJ)
 - Betriebsräte schützen – Mitbestimmung stärken
 - Landeseigene Wohnungsunternehmen ermöglichen günstige Kitaräume für Kita Eigenbetriebe – Rekommunalisierung auch bei Berliner Kitaplätzen vorantreiben (Annahme in der Fassung der Antragskommission)
 - Nicht mehr in die Tonne! Unverkaufte Lebensmittel spenden (Annahme in der Fassung der Antragskommission)
 - Wildtiere haben im Zirkus nichts verloren!
- Diese Lichtenberger Anträge sind in die nachstehenden Anträge **eingegangen**:
 - Wir stärken die landeseigenen Wohnungsunternehmen in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung die Berlinerinnen und Berliner mit leistbaren Mietwohnungen zu versorgen
 - Einführung einer gesetzlichen Mietniveaustabilität als Mietpreisbremse für Wohnungen
 - ➔ Diese beiden Anträge gingen mit zentralen Forderungen in den Antrag „*Berliner Mietendeckel*“ – *Einführung einer landesrechtlichen Mietpreisregulierung* ein
 - Neues Erwerbsminderungsrentenrecht für alle
 - ➔ Eingegangen in: *Alle Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner von der gesetzlichen Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten profitieren lassen*
- Die folgenden von der KDV Lichtenberg beschlossenen Anträge wurden zur weiteren Beratung in Fachausschüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften überwiesen:
 - Kostenloser ÖPNV für Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung/ Grundrente beziehen (überwiesen an: Fachausschuss Mobilität)
 - Höchsthaltigkeitsrücklage neu definieren (Überwiesen an: AG 60plus, ASG, Fachausschuss Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz)
 - Trennungsgebot beitragsgedeckter und versicherungsfremder Leistungen gesetzlich verankern (überwiesen an: AG 60plus, Fachausschuss Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz)